

**Klaus Brähmig**

- (A) Das Thema, über das wir heute debattieren – es ist nicht das erste Mal; ich bin ganz sicher, dass es für die nächsten Wochen und Monate auch nicht das letzte Mal sein wird –, eignet sich nicht für Populismus. Wichtig wird sicherlich sein, dass es nach dem Ende dieser Legislaturperiode zu einem Kassensturz kommt und die dann Regierenden eine Bewertung vornehmen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in den letzten Jahren immer für den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen eingesetzt, auch von solchen in den Bereichen Tourismus, Gastronomie und Hotellerie, und sich ganz massiv für die Harmonisierung innerhalb Europas engagiert. Ich bin sehr froh darüber, dass im Augenblick diese Diskussion stattfindet; denn das gibt uns die Möglichkeit – es setzt uns natürlich auch unter Druck –, etwas in dieser Richtung zu tun, nicht nur darüber zu sprechen, sondern auch konstruktive Vorschläge vorzulegen und dann umzusetzen.

Ich kann mich gut daran erinnern, Frau Kressl, dass wir vor nicht allzu langer Zeit mit Frau Faße bei Ihnen im Ministerium waren. Die Branche animiert uns Fachpolitiker ja ständig, Vorschläge zu unterbreiten. Ich hätte mir gewünscht, dass der Finanzminister, wenn er in Brüssel schon zustimmt – wie uns allen bekannt ist, ist ja Einstimmigkeit notwendig –, für Deutschland vorgibt, wie wir es mit den ausgewählten Branchen halten wollen. Der Anspruch der Branche, der Hotellerie und Gastronomie, ist durchaus berechtigt. Es geht nämlich darum, die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas, lieber Ernst Burgbacher, abzubauen

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der FDP)

und den Standort Deutschland nicht zu benachteiligen. Wir werden uns in der Diskussion und in den Beratungen der nächsten Wochen und Monate etwas einfallen lassen müssen. Ich bin sehr sicher, dass wir beide Ansprüche berücksichtigen können.

Man muss wissen, dass die Mehrwertsteuer gerade für die Preiskalkulation in der Gastronomie ein ganz wichtiger Punkt ist. Die Waren werden mit 7 Prozent Mehrwertsteuer eingekauft und mit 19 Prozent Mehrwertsteuer weitergegeben. Deshalb kann man einen Gastronomiebetrieb fast als kleines Finanzamt ansehen; denn man leistet dort durchaus eine wichtige Arbeit für den Staat.

Da bin ich durchaus bei der Position der FDP. Wir als Tourismuspolitiker haben gemeinsam mit Ernst Hinsken in den letzten Wochen immer wieder vorgebracht, dass wir das vom Kopf auf die Füße stellen müssen. Ich schließe mich da meinen Vorrednern an. Dieser Katalog bringt Kuriositäten mit sich, und das macht überhaupt keinen Sinn. Das ist einer der ersten Punkte, die so schnell wie möglich in Ordnung gebracht werden müssen.

Ich will ergänzend nur noch einige Beispiele anführen: ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Hausschweine, normaler Mehrwertsteuersatz für Wildschweine; ermäßigter Satz für Kartoffeln aller Art, normaler Satz für Süßkartoffeln; ermäßigter Satz für Tomatenmark und Tomatensaft, normaler Satz für Tomatenketchup und Tomatensoße. Ein ganz tolles Beispiel ist folgendes: Pilze

und Trüffel, ohne Essig haltbar gemacht: ermäßigter Mehrwertsteuersatz; Pilze und Trüffel, mit Essig haltbar gemacht: normaler Mehrwertsteuersatz. (C)

(Florian Pronold [SPD]: Gibt es in der Praxis da Preisunterschiede?)

Diese Liste ließe sich unendlich fortführen.

Meine Vorredner haben deutlich gemacht, dass in vielfältiger Weise dringender Handlungsbedarf besteht und entsprechende politische Maßnahmen getroffen werden müssen.

Ich will noch ganz kurz auf Folgendes eingehen: Die Regierungschefs werden ja heute oder morgen in Brüssel eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung treffen. Ich denke, sie wird derjenigen ähneln, die die Finanzminister getroffen haben. Danach muss von Brüssel die entsprechende Richtlinie erarbeitet werden. Erst dann beginnt bei uns die Umsetzung im Parlament, sofern wir die Mehrheiten dafür organisieren.

Ich selber werde mich im Rahmen der Arbeitsgruppe Tourismus mit den Branchenvertretern in den nächsten Wochen zusammensetzen, damit es – das ist ganz wichtig – nicht nur dazu kommt, dass wir die Lippen spitzen, sondern auch dazu, dass wir pfeifen.

(Joachim Poß [SPD]: Hat er schon einen Deckungsvorschlag genannt?)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege!

(D)

**Klaus Brähmig (CDU/CSU):**

Das Thema muss in die Wahlprogramme der Parteien aufgenommen werden; nur dann besteht die Chance, dass es Eingang in einen Koalitionsvertrag findet und im Jahre 2010 auch in die Praxis umgesetzt werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Für die Bundesregierung erteile ich das Wort der Kollegin Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.

(Beifall bei der SPD)

**Nicolette Kressl**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst kurz auf einige wenige Beiträge aus der bisherigen Debatte eingehen.

Erstens will ich noch einmal ganz deutlich machen, wie dieser Kompromiss zustande gekommen ist: Alle konnten im Dezember nachlesen, dass nach sehr langer Debatte auf europäischer Ebene die Kanzlerin und Herr Sarkozy bei einem Treffen der Regierungschefs miteinander vereinbart haben, in dieser Frage einen Kompromiss zu schließen. Wir stehen zu diesem Kompromiss. Ich halte es aber nicht für zulässig, den Anteil daran nur

**Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl**

- (A) einem Teil der Regierung zuzuordnen, wie es gerade teilweise passiert ist.

Zweitens. Herr Kolbe, Sie haben ja recht, dass es sich einem, wenn man sich den Inhalt der Schreiben des BMF vor Augen führt, geradezu aufdrängt, dass es zu Veränderungen kommen muss. Sie haben dann weiterhin gesagt, das sei eine Glanzleistung unseres Hauses gewesen. Hier möchte ich einem Missverständnis vorbeugen: Ich weiß zwar, dass der Begriff „BMF-Schreiben“ immer den Eindruck vermittelt, es handle sich um ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums. Das ist aber nicht so. Das wissen Sie wahrscheinlich. Hier geht es um eine Verwaltungsanordnung, die auf der Zustimmung einer Mehrheit der Bundesländer beruht. Ich will das nur noch einmal deutlich machen, damit nicht falsche Töne in die Debatte kommen. Das bedeutet also nicht, dass wir alles inhaltlich richtig finden,

(Joachim Poß [SPD]: Kommt alles aus Sachsen und Bayern!)

sondern vielmehr, dass wir uns darum kümmern müssen, hier zu einer noch größeren Vereinheitlichung zu kommen.

Meine dritte Anmerkung betrifft die Ehrlichkeit in dieser Debatte, insbesondere vonseiten der FDP: Wer mehr Vereinheitlichung fordert, aber nicht zugleich alles mit dem halben Mehrwertsteuersatz belegen will, darf nicht den Parteien und Fraktionen, die sich für eine entsprechende Vereinheitlichung einsetzen, vorwerfen, sie erhöhten die Steuern. Ich ahne, wie Sie im Zweifel den Parteien, die sich auf diesen Weg machen, die Worte im Mund umdrehen. Die Ehrlichkeit gebietet es, in einer Debatte nicht nur schön über Systematik zu reden, sondern auch zu sagen, auf was man sich einlässt.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Volker Wissing [FDP]: Das machen wir doch nie! Wir drehen niemandem das Wort im Munde um! Wir nehmen die Leute nur beim Wort!)

Es ist so – wir haben es gehört –, dass das Experiment „ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen“ auf europäischer Ebene für all die Mitgliedstaaten dauerhaft nutzbar wird, die es wollen. Nicht ohne Grund hat sich mittlerweile aber eine zunehmende Zahl von Mitgliedstaaten der Protokollerklärung angeschlossen und gesagt, dass sie das Instrument nicht nutzen werden. Das macht, wie ich glaube, auch Sinn. Hier vorschnell zu entscheiden – bei manchen Redebeiträgen hatte ich diesen Eindruck –, wäre unüberlegt. Da bin ich mir sicher.

Die Prüfung der Mitgliedstaaten, ob sie diesen Weg mitgehen, sollte dabei unter dem Motto stehen: Bedenke die Wirkung! Manche sagen ja, dass die einzige Wirkung, die in diesem Fall sicher ist, die ist, dass es zu Steuermindereinnahmen kommt. Die Auswertung der europäischen Experimente hat doch gezeigt – ich sage dazu in Klammern: das deutet sich ja offensichtlich auch bei den Bergbahnen an –,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Die Bergbahnenregelung hat doch die bayerische SPD mitgeschlossen!)

(C)

dass die Vorteile von im Laufe der Zeit reduzierten Mehrwertsteuersätzen so gut wie nie dauerhaft an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Joachim Poß [SPD]: Das sind die Erfahrungen, Herr Burgbacher! Hören Sie einmal zu!)

Herr Burgbacher und Herr Wissing, bis heute hatte ich noch geglaubt, dass auch Sie der Meinung sind, dass die Einsparung an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden sollte.

(Gabriele Frechen [SPD]: Aber nein!)

Davon haben Sie aber in keinem Ihrer Redebeiträge gesprochen. Sie haben ausschließlich über den Gewinn in der Gastronomie gesprochen. Wir sollten noch einmal genau nachlesen, was Sie heute hier gesagt haben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Volker Wissing [FDP]: Jetzt drehen Sie aber das Wort im Munde herum!)

Die Aussage, dass noch nie eine Steuerersparnis an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben worden ist, ist nicht einfach nur dahergesagt. Es gibt mehrere Studien dazu. Ich will nur kurz auf zwei eingehen. Die Europäische Kommission konnte 2003 in ihrer Evaluierung dieser „Experimente“ weder eine positive Wirkung auf die Arbeitsplätze noch eine Eindämmung der Schwarzarbeit feststellen. In der gleichen Studie wird ergänzt, dass mit einem Einsatz von Haushaltsmitteln, die beispielsweise zur Senkung von Arbeitskosten verwendet werden, eine deutlich bessere Wirkung auf die Arbeitsplätze erzielt werden kann als mit reduzierten Mehrwertsteuersätzen.

(D)

Herr Schick hat es schon erwähnt: 2007 gab es auf europäischer Ebene die Studie des Kopenhagener Ökonomisk Instituts, in der deutlich festgestellt wird, dass ermäßigte Mehrwertsteuersätze das am wenigsten geeignete Mittel zur Verfolgung von Lenkungs- oder Entlastungszielen sind

(Joachim Poß [SPD]: Hört! Hört!)

und dass eine direkte Förderung in jedem Fall besser ist.

Das lässt mich den Bogen schlagen zu der Tatsache, dass die Bundesregierung und die beiden Koalitionsfraktionen genau diesen Weg beispielsweise bei der Absetzbarkeit von Handwerksleistungen von der Steuerschuld – in dieser Legislaturperiode wurde der entsprechende Betrag verdoppelt – gegangen sind. Dies hat eine doppelte zielgenaue Wirkung: Zum einen bekommen die Handwerker mehr Aufträge – alle Beteiligten haben gesagt, dass diese Maßnahme zu einer Verbesserung der Auftragslage geführt hat –, und zum anderen werden die Menschen nachvollziehbar und von uns überprüfbar entlastet. Das wäre bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen völlig anders.

**Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl**

- (A) Lassen Sie mich noch kurz auf die Steuermindereinnahmen eingehen, die sich mit Sicherheit ergeben würden. Sie würden im Bereich der kleinen Reparaturleistungen 230 Millionen Euro betragen, 640 Millionen Euro bei Friseurdienstleistungen und geschätzte 3,7 Milliarden Euro im Bereich der Restaurantdienstleistungen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Da müssen Sie noch anderes mit einrechnen!)

In einem ersten logischen Denkschritt können wir davon ausgehen, dass die Steuerersparnis nicht weitergegeben wird. In einem zweiten logischen Denkschritt können wir erwarten, dass es Steuermindereinnahmen gibt. Dies führt uns zu einem dritten logischen Denkschritt, nämlich dass wir diese Mindereinnahmen an anderer Stelle kompensieren müssen. Das belastet aber auch die Menschen, die nicht entlastet worden sind.

(Joachim Poß [SPD]: So ist es!)

Das ist eine doppelte Bestrafung und somit nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD – Ernst Burgbacher [FDP]: Denken Sie mal an die Arbeitsplatzentwicklung in diesem Bereich!)

Ich will ganz deutlich sagen: Die Erkenntnis, dass branchenbezogene Ausnahmen nicht der richtige Weg sind – auch die Bundeskanzlerin hat deutlich gemacht, dass sie es für falsch hält, in dieser Legislaturperiode noch ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen –, hat sich in der Bundesregierung durchgesetzt. Diese Einsicht ist aber nicht nur in der Bundesregierung vorhanden. Ich freue mich darüber, dass der Deutsche Industrie- und Handelskammertag eine differenzierte Stellungnahme dazu abgegeben hat. Er ist der Meinung, dass dies kein Weg ist, den man wirklich gehen sollte.

- (B) Ich bin der Überzeugung: Wenn man auf Schnellschüsse verzichtet, ehrlich ist und die von mir vorhin erwähnten logischen Denkschritte geht, dann kommen wir am Ende der Debatten sicherlich zu dem Ergebnis, dass der von Ihnen vorgeschlagene Weg zur Entlastung des Mittelstandes und der Verbraucher, die wir wollen, falsch ist.

Ich bin der Überzeugung: Wenn man auf Schnellschüsse verzichtet, ehrlich ist und die von mir vorhin erwähnten logischen Denkschritte geht, dann kommen wir am Ende der Debatten sicherlich zu dem Ergebnis, dass der von Ihnen vorgeschlagene Weg zur Entlastung des Mittelstandes und der Verbraucher, die wir wollen, falsch ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Eckhardt Rehberg spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wenn man ernst nimmt, was die Europäische Union zum Thema Mehrwertsteuer beschlossen hat, dann stellen sich neue Fragen: Was sind kleinere Reparaturdienstleistungen an Fahrrädern? Was umfasst die Renovierung von und Reparaturen in Privatwohnungen mit Ausnahme von Materialien, die einen bedeutenden Teil

- des Wertes der Dienstleistung ausmachen? Herr Kollege Burgbacher, schaffen wir hier das nächste Problem? Herr Kollege Burgbacher, wenn Sie die Gastronomie im Blick haben, dürfen Sie das Beherbergungsgewerbe nicht vergessen. (C)

(Ernst Burgbacher [FDP]: Für Hotels gilt es doch schon längst!)

Wir schaffen damit für weitere Bereiche Bedingungen, wie es sie heute zum Beispiel im Fleischerfachgeschäft, im Bäckerladen oder bei McDonald's gibt. Derjenige, der bei McDonald's mit dem Auto vorfährt, zahlt eine Mehrwertsteuer von 7 Prozent, derjenige, der innen isst, eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent. Ich weiß nicht, wo an dieser Stelle die Differenz von 12 Prozent bleibt.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Das ist doch ein Unsinn!)

Wenn wir uns diesem Thema ernsthaft widmen wollen, eine Regelung das Hotel- und Gaststättengewerbe umfassen soll und keine neue Bürokratie aufgebaut werden soll, dann muss man an dieser Stelle beides ohne Wenn und Aber zusammenpacken.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Machen wir ja! Für Hotels gilt es doch schon!)

Herr Kollege Burgbacher, Sie haben sehr stark auf die europäische Gastronomie abgehoben. Im Süden gibt es – das gebe ich zu – ein ungeheueres Problem. Ich möchte aber nicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen der gleiche Mehrwertsteuersatz wie in Dänemark und Schweden gilt. Dieser liegt nämlich in diesem Bereich bei 25 Prozent. Wenn wir uns dieses Themas annehmen – das ist meine klare Position als Wirtschaftspolitiker –, dann müssen wir das gesamtheitlich und ohne Schnellschüsse regeln. (D)

(Ernst Burgbacher [FDP]: Aber mit Fakten!)

Wir müssen insbesondere die Dummheiten, die es beim Thema Mehrwertsteuer gibt – ich habe einige beschrieben; man könnte weitere beschreiben –, beseitigen. Das Grundprinzip muss sein: weniger Bürokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Staatssekretärin, ich bin völlig Ihrer Meinung: Es wird eine spannende Debatte geben, zum Beispiel zum Stichwort „Tierfutter“. Was machen wir mit den dort geltenden 7 Prozent, wenn wir ein Gesamtkonzept angehen?

Ich will aber die Baustellen des Mittelstandes beschreiben, die den Mittelstand im Augenblick besonders bedrücken. Das ist das Thema Zinsschranke.

(Zurufe von der FDP: Ja!)

Das ist die Anrechnung der Kosten für Mieten, Leasing und Pachten bei der Gewerbesteuer.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Das ist das Thema Verlustvorträge. Hier kann ich an die Kolleginnen und Kollegen der SPD nur appellieren, ihre Blockadehaltung aufzugeben; denn das sind gerade in